

# Ausgewählte Fakten und Thesen zur Sozialen Gerechtigkeit

von Rolf Münster

## 1.: Sozialstaatskrise

### **Fakten:**

Der Sozialstaat gerät bei lang anhaltender Arbeitslosigkeit in ein „doppeltes“ Finanzierungsproblem: Auf der einen Seite ist die Anzahl der Sozial(versicherungs)ansprüche gestiegen, andererseits gehen in allen Sozialversicherungszweigen Einnahmen verloren. Letzteres resultiert aus dem Finanzierungssystem der Sozialversicherung, welches auf einer „Kopfsteuer je Beschäftigtem“ (Keynes) basiert.

### **Thesen:**

**Ökonomisches Kernproblem Sozialer Gerechtigkeit ist die seit nahezu einem Vierteljahrhundert anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Die vermeintliche Sozialstaatskrise ist letztlich eine Krise der Arbeitsmärkte und eines historisch überholten, lohnzentrierten Finanzierungssystems.**

## 2. Staatsverschuldung

### **Fakten:**

1960 wurden im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt 15,8% des Bruttolohns für Steuern und Abgaben aufgewendet. 1980 waren es 28,7% und 1997 schon 35,4%, d.h. die relative Steuer- und Abgabenbelastung der Löhne hat sich seit 1960 mehr als verdoppelt.

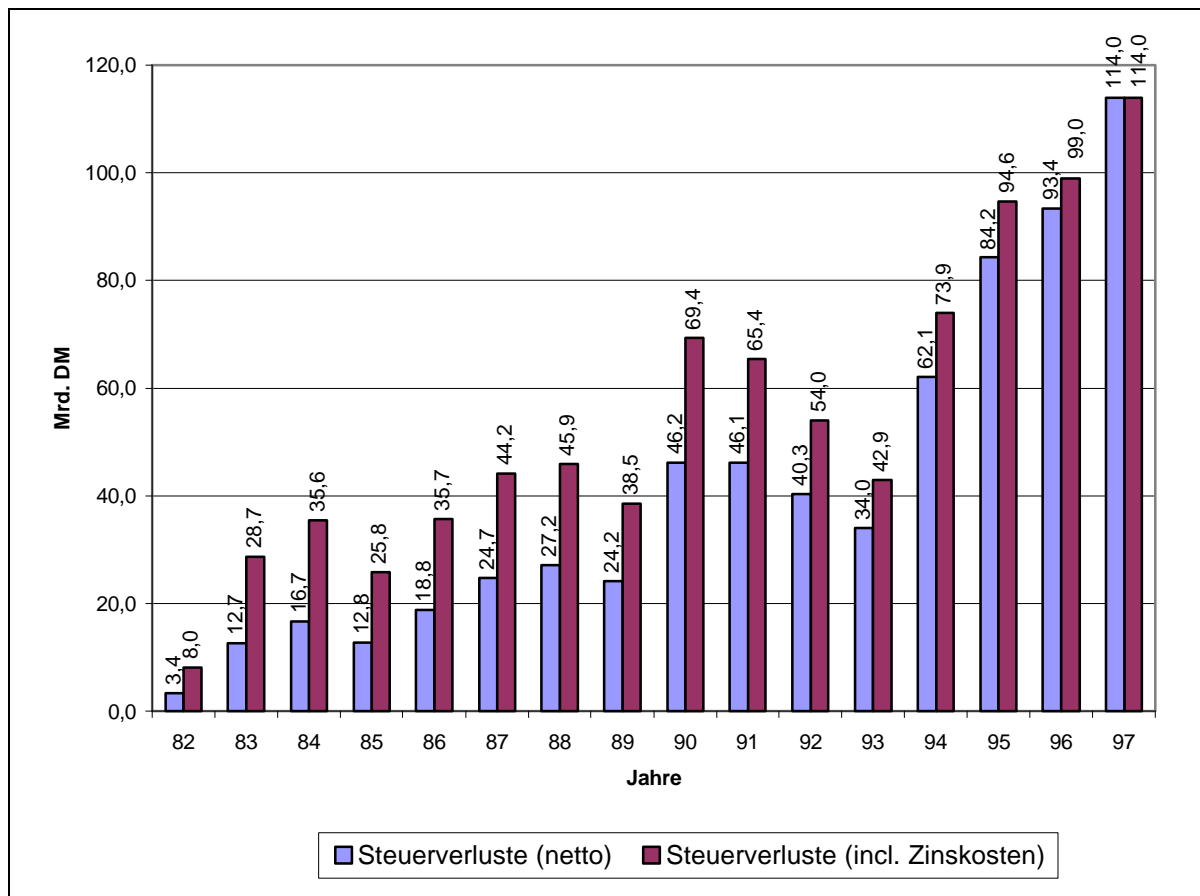
Die gesamtwirtschaftliche Gewinnbesteuerung (d.h. die Besteuerung der Einkommen auf Unternehmertätigkeit und Vermögen) hat sich genau umgekehrt entwickelt. 1960, in einem Vollbeschäftigungsjahr, lag sie bei 21,2%. Bis 1980 bewegte sie sich zwischen 19,1 und 23,7%, um dann im Zuge der neoliberalen Wende in einer rasanten Talfahrt bis 1997 auf 8,5% abzusinken und sich damit mehr als zu halbieren.

Ohne diese Absenkung der gesamtwirtschaftlichen Gewinnbesteuerung wären zwischen 1982 und 1997 rund 660 Mrd. DM an zusätzlichen Gewinnsteuern eingenommen worden. Der Verzicht auf diese Steuereinnahmen und die entsprechende Verschuldung des Staates bedeuten bei einer Zinsrate von 6% au-

ßerdem eine zusätzliche Zinslast von rund 215 Mrd. DM zwischen 1982 und 1997. In der Kohl-Ära hat der Staat sich seine Gewinnideologie also rund 885 Mrd. DM kosten lassen. Das sind 40% der öffentlichen Verschuldung von 1997.

## Schaubild 1: Fiskalische Kosten staatlicher Gewinnschonung (I)

### Jährliche Steuermindereinnahmen 1982 – 97 durch Absenkung der Gewinnsteuerquote unter das Niveau von 1980\*



Lesebeispiel: Im Jahre 1993 hätte die Gewinnsteuerquote von 1980 zu einer Steuermehreinnahme von 34 Mrd. DM geführt. Der Verzicht auf diese Steuermehreinnahme und die Zinskosten der entsprechenden Verschuldung summieren sich bis 1997 auf 42,9 Mrd. DM. \*Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; eigene Berechnungen; eigene Darstellung. Zu einer ähnlichen Rechnung, die statt der faktischen Senkung der Gewinnsteuerquote von einer Anhebung entsprechend der gestiegenen Lohnsteuerbelastung ausgeht, siehe Klaus, Martin (1998), Politik für mehr Reichtum, 4. akt. A., Freiburg, Schaubild 10a, S. 43.

(Im Internet unter <http://www.soziologie.uni-freiburg.de/asb/mega/html/gif/00000629.htm>)

#### **Thesen:**

**Die hohe Staatsverschuldung ist zum Großteil Folge einer verfehlten Entlastung der Gewinneinkommen. Diese Fehlentwicklung will die rot-grüne Koalition nun aber nicht durch diejenigen korrigieren lassen, die davon anderthalb Jahrzehnte profitiert haben, sprich die Gewinneinkommensempfänger, sondern wie selbstverständlich soll wieder zu Lasten der ökonomisch Schwächsten operiert werden. Die auf diese Weise doppelt Geplünderten werden überdies noch zu den Tätern erklärt.**

### **3. Wachstum und Soziale Gerechtigkeit**

#### **Fakten:**

Der letzte deutliche Konjunkturaufschwung hat in den 80er Jahren eine sehr divergente Entwicklung eingeleitet. Zwischen 1984 und 1989 nahm die Zahl der Höherverdienenden (mehr als 100.000 DM deklariertes Jahreseinkommen) laut Einkommensteuerstatistik um rund 100% zu. Im gleichen Zeitraum ist die Anzahl der Sozialhilfeempfänger um 50% gestiegen.

#### **Thesen:**

**Die Vorstellungen, dass Wachstumspolitik die beste Sozialpolitik sei, ist falsch. Wachstum ist kein Garant für Soziale Gerechtigkeit. Daher ist es auch verfehlt, die sozialen Probleme hoch entwickelter Marktwirtschaften vorrangig über eine forcierte Wachstumspolitik lösen zu wollen. Dies ist aber seit mehr als 20 Jahren der hauptsächliche Kurs der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen.**

### **4. Armutsrisiko**

#### **Fakten:**

Seit Anfang der 60er Jahre hat sich die sog. Betroffenheitsquote der laufenden Sozialhilfe verfünffacht. Waren z.B. im *Laufe* des Jahres 1963 nur rund 1 % der Bevölkerung auf laufende Sozialhilfe angewiesen sind es seit Anfang der 90er Jahre rund 5%. Allein in den 80er Jahren hat sich die Quote von 2 auf 4% verdoppelt. Das „Armutproblem“ äußert sich vor allem darin, dass *immer mehr* Personen zeitweilig oder dauerhaft in den Niedrigeinkommensbereich geraten. Rund 30% der von laufender Sozialhilfe Betroffenen sind Kinder unter 14 Jahren. Ebenfalls rund ein Drittel der Sozialhilfeantragsteller geben Arbeitslosigkeit als Grund für ihre Bedürftigkeit an.

### **Thesen:**

**Das Armutsrisiko in unserer Gesellschaft nimmt zu. Die Sozialhilfe, die als letzter Schutz bei seltenen, persönlichen Lebensrisiken konstruiert wurde, entwickelt sich zum Auffangbecken für das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit.**

## **5. Verteilung, Steuerreformen und “Sparpaket“**

### **Fakten:**

Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind zwischen 1994 und 1998 brutto um 32,6% (netto und real 27,5%) gestiegen. Die Arbeitnehmereinkommen haben im gleichen Zeitraum brutto um 18,8% (netto und real 0,9%) zugenommen. Trotz dieser Scherenentwicklung ist die Beschäftigung im genannten Zeitraum per Saldo gesunken.

Zwischen 1980 und dem Ende der Kohl-Ära ist die Verteilung des Volkseinkommens um rund 10 Prozentpunkte zugunsten der Gewinneinkommen und zu Lasten der Arbeits- und Sozialeinkommen verschoben worden, das sind rund 200 Mrd. DM jährlich.

Die Unternehmensteuerreform der rot-grünen Koalition sieht ab 2001 eine (weitere) jährliche Nettoentlastung des Unternehmenssektors in Höhe von 8 Mrd. DM vor, von denen schätzungsweise 5 bis 6 Milliarden über die Gewinnausschüttung wieder Aktionären oder Anteilseignern zufließen werden. Darüber hinaus wird nach der Unternehmensteuerreform bis zum Jahr 2016 die Gewinnausschüttung aus Altkapitalbeständen (die noch nach altem Körperschaftsteuerrecht besteuert wurden) mit rund 15% Steuernachlass (insgesamt ca. 73 Mrd. DM) subventioniert.

Die Einkommensteuerreform wird den verheirateten Durchschnittsverdiener mit 2 Kindern (Jahresbruttoeinkommen 60.000 DM, Steuerklasse III/2) im Jahre 2005 incl. erhöhter Kindergeldzahlung um 4052 DM gegenüber 1998 entlasten. Der Einkommensmillionär wird allein durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53% (1998) auf 45% im Jahre 2005 um rund 72.000 DM entlastet. Bislang ist nicht absehbar, was durch Schließung von Steuerschlupflöchern wieder zurückfließt.

Die im Zuge des Sparpaketes geplanten Kürzungen in Höhe von jährlich rund 30 Mrd. DM werden überwiegend bei RentnerInnen, Arbeitslosen und öffentlichen Investitionen (insbesondere dem Sozialen Wohnungsbau) realisiert.

**Thesen:**

**Die Unternehmensteuerreform ist die konsequente Fortsetzung einer bereits gescheiterten Politik der Umverteilung nach oben.**

**Die Einkommensteuerreform wird die langjährige Verteilung nach oben nicht korrigieren sondern fortsetzen.**

**Das Sparpaket wird von den ökonomisch schwächsten alimentiert.**

**Insgesamt ist das vorliegende Reformpaket der rot-grünen Koalition sozial unausgewogen, da es dort (überproportionale) steuerliche Entlastungen schafft, wo Einkommen und Vermögen sind und uno actu am unteren Rand der Gesellschaft nicht nur die Vorteilsgewährung verweigert sondern absolute Kürzungen durchsetzt: Bei Arbeitslosenhilfeempfängern und RentnerInnen, die bei stagnierendem Einkommen mit einer Öko-steuer belastet werden und von einkommensteuerlichen Entlastungen ohnehin ausgeschlossen sind.**

**Die Leerformel von der „Neuen Mitte“ beginnt sich zu füllen: Man will nun allen die Hand schütteln, nur denen ganz unten nicht.**